

1156/J XXVIII. GP

Eingelangt am 25.04.2025

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Ralph Schallmeiner, Barbara Neßler, Freundinnen und Freunde
an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und
Konsumentenschutz

betreffend Weiterführung des Projekts „Gesund aus der Krise“

BEGRÜNDUNG

Das Projekt „Gesund aus der Krise“ wurde im April 2022 ins Leben gerufen, um Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis zu 21 Jahren raschen, kostenlosen und qualitätsgesicherten Zugang zu psychosozialer Unterstützung zu bieten. Es reagiert auf die erheblichen psychischen Belastungen, die durch die COVID-19-Pandemie und die darauffolgenden multiplen Krisen entstanden sind. Seit Beginn des Projekts konnten über 23.000 junge Menschen von klinisch-psychologischen, gesundheitspsychologischen, psychotherapeutischen sowie musiktherapeutischen Beratungen und Behandlungen profitieren.

Die Nachfrage nach diesen Angeboten ist enorm, was die hohe Zahl an betreuten Klient:innen eindrucksvoll belegt: Allein in der ersten Projektphase von April 2022 bis Juni 2023 wurden rund 10.000 Kinder und Jugendliche behandelt, von denen 8.300 ihre Therapie erfolgreich abschlossen. Dabei erzielten 95 Prozent Fortschritte, und 55 Prozent zeigten gute bis sehr gute Verbesserungen ihrer psychischen Gesundheit. Die durchschnittliche Wartezeit bis zur ersten Behandlung betrug lediglich elf Tage, wodurch das Projekt schnelle Hilfe in akuten Situationen ermöglicht.

Im Rahmen des Angebots stehen allen Teilnehmer:innen bis zu 15 Behandlungseinheiten kostenlos zur Verfügung. Diese niederschwellige und unbürokratische Struktur hat sich als äußerst effektiv erwiesen, sowohl präventiv bei leichten Beschwerden als auch bei moderaten Belastungen. Allerdings zeigt sich auch ein Bedarf an langfristiger Unterstützung für schwerere oder chronifizierte psychische Erkrankungen, der über den zeitlich begrenzten Charakter des Projekts hinausgeht.

Die Bedeutung des Projekts wird durch die kontinuierliche Erweiterung der finanziellen Mittel unterstrichen: Bis Ende 2024 wurden zusätzliche 4,5 Millionen Euro bereitgestellt, um weitere 3.500 Kinder und Jugendliche zu unterstützen. Dennoch bleibt die Zukunft des Programms ungewiss, da eine dauerhafte Integration in das Regelsystem der Sozial- und Krankenversicherungen bisher nicht erfolgt ist. Angesichts des steigenden Bedarfs an psychosozialer Betreuung ist eine nachhaltige Absicherung dieses Erfolgsprojekts dringend erforderlich.

Besonders enttäuschend ist in diesem Zusammenhang, dass die von Grüner Seite eingebrochenen Anträge – sowohl von Barbara Neßler als auch von Ralph Schallmeiner – zur Verlängerung und zukünftigen Absicherung des Projekts „Gesund aus der Krise“ von den Koalitionsparteien sowohl im Familienausschuss als auch im Gesundheitsausschuss vertagt wurden.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE

1. Wie ist der aktuelle Stand des Projekts „Gesund aus der Krise“?
2. Wie ist die aktuelle Finanzierungssituation des Projekts „Gesund aus der Krise“?
3. Wie viele Kinder und Jugendliche konnten seit Projektbeginn insgesamt betreut werden?
4. Wie wird die aktuelle Nachfrage nach den Leistungen eingeschätzt?
5. Welche finanziellen Mittel sind für das Jahr 2025 für das Projekt geplant?
6. Gibt es bereits Planungen oder Zusagen für eine Finanzierung über das Jahr 2025 hinaus?
 - a. Falls ja, in welcher Höhe?
7. Wie plant das Ministerium, das Projekt nach Juni 2025 weiterzuführen?
8. Gibt es Überlegungen oder konkrete Pläne das Projekt in seiner jetzigen Form fortzuführen oder strukturell zu adaptieren?
9. Wie schätzt das Ministerium den zukünftigen Bedarf an psychosozialer Unterstützung für Kinder und Jugendliche ein?
10. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um einer möglichen steigenden Nachfrage gerecht zu werden?
11. Gibt es Pläne oder Überlegungen, das Projekt „Gesund aus der Krise“ langfristig in die Regelfinanzierung durch die Sozial- und Krankenversicherungen zu überführen? Falls ja, ab welchem Zeitpunkt könnte dies erfolgen?
12. Welche Ergebnisse haben bisherige Evaluierungen des Projekts erbracht?
13. Welche konkreten Maßnahmen oder Änderungen plant das Ministerium basierend auf diesen Erkenntnissen?